bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN

**Die Bremer SPD startete mit einer kraftvollen Veranstaltung, zu der die Parteivorsitzende Andrea Nahles am Freitag, 26. April 2019 ins BLG-Forum gekommen war, in die heiße Wahlkampfphase. Spätestens mit dieser Veranstaltung ist die Partei für den Wahlkampf gerüstet und auf Betriebstemperatur! Im Bild: SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles; die Moderatorin des Abends, Josefine Dehn; SPD-Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl 2019, Bürgermeister Carsten Sieling und die SPD-Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp (v. l. n. r.)**

# AM 26. MAI: VORRANG FÜR MIETERINNEN UND MIETER WÄHLEN!

**von Sascha Karolin Aulepp, SPD-Landesvorsitzende**

Am 26. Mai wird gewählt. Es geht darum, in Europa, in Bremen und in Bremerhaven für soziale Politik zu sorgen. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht und eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Die SPD steht an der Seite der Mieterinnen und Mieter: In Bremen und Bremerhaven setzen wir auf die Stärkung unserer kommunalen Wohnungsunternehmen. Wir haben die Gewoba und die Stäwog gegen die Privatisierungsideologie von CDU und FDP verteidigt.

Und wir setzen uns mit den großen privaten Wohnungskonzernen im Interesse der Mieterinnen und Mieter auseinander: Immer wieder gibt es Probleme, weil private Wohnkonzerne wie die Vonovia – aber auch Privatvermieter – sich nicht ordentlich um ihre Wohnungen kümmern. Dabei geht es um den gesamten Zustand der Häuser: um alte Dächer, Heizungsanlagen, Elektroleitungen, Hausflure und Eingänge, um undichte Fenster und Türen, um Aufzüge, Bäder und Küchen. Und wenn doch Instandsetzungen stattfinden, werden sie oft als „Modernisierungen“ ausgegeben, um Mieterhöhungen zu begründen. Das Bremer Landgericht erklärte bereits mehrere solcher Mieterhöhungen der Vonovia für unwirksam. Auch extrem erklärungsbedürftige Heizkostenabrechnungen sind immer wieder Thema. Maßstab ist offenbar weniger das Interesse der Mieterinnen und Mieter, sondern die Steigerung von Rendite.

Unsere Haltung ist klar: Eigentum verpflichtet, das gilt insbesondere bei so etwas Elementarem wie Wohnungseigentum. Wohnen ist ein Menschenrecht – auch private Vermieter müssen für einen ordentlichen Zustand ihrer Mietwohnungen sorgen. Aber das ist ein langwieriger und schwieriger Prozess. Solange dürfen wir nicht warten. Wir wollen und müssen konkret Druck machen. Wir schauen den Wohnkonzernen auf die Finger. Wenn Wohnungen nicht den Mindestanforderungen genügen werden Auflagen nach dem Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetz verhängt.

- Oft geht es auch darum, dass Wohnanlagen vermüllt oder überbelegt sind. Hier werden wir mit einer „Taskforce“ des Senats gezielt Objektprüfungen durchführen. In Gröpelingen haben wir damit bereits begonnen. Das wollen wir erheblich ausweiten.

- Und wir wollen, dass der Senat mit der Vonovia zu einer verbindlichen Vereinbarung über den Zustand der Immobilien und eine zügige Mängelbeseitigung, aber auch die Mietengestaltung bei Modernisierungen, kommt, die auch eingehalten wird.

- Die SPD steht an der Seite der Mieterinnen und Mieter: Der Senat hat den sozialen Wohnungsbau wieder aufgenommen und ausgebaut, Förderprogramme aufgelegt und eine Sozialquote eingeführt, die wir weiter erhöhen wollen. Wir sichern die öffentlichen Wohnungsbestände und holen die BreBau in kommunale Hand. Die bürgerlichen Parteien setzen dagegen auf die Kräfte des Marktes.

- Sozial statt Privatisieren. Auch darum geht es am 26. Mai.

INNENSENATOR ULRICH MÄURER ÜBER DEN NEUEN ORDNUNGSDIENST DER HANSESTADT

# »ES GEHT DARUM, DASS DIE STADT WIEDER VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT.«

FOTO: PATRICE KUNTE

Innensenator Ulrich Mäurer

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Matthias Koch (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

**Seit gut einem halben Jahr gibt es ihn – heute sind 25 Leute für den Ordnungsdienst in Bremen im Einsatz. Wie läuft's?** Richtig gut. Der Ordnungsdienst ist eine Erfolgsgeschichte. Es gibt eine große Nachfrage in den Stadtteilen und auch die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf Probleme hinweisen, steigen stetig. Deswegen steht für uns fest: Wir werden den Ordnungsdienst zeitnah deutlich aufstocken.

**Wie reagieren die Menschen vor Ort auf die neuen Mitarbeiter der Stadt?** Wir haben von Anfang an auf eine enge Zusammenarbeit mit möglichst vielen Akteuren gesetzt – auch mit engagierten Vereinen und Initiativen vor Ort. Als wir dort erstmals aufgetaucht sind, war die Reaktion bei manchen zunächst verhalten. Das hat sich komplett gedreht, nachdem allen Beteiligten klargeworden ist, dass wir wirklich helfen wollen – und können. Denn der gemeinsame Einsatz mit der Stadtreinigung, den Institutionen und Menschen vor Ort zeigt Wirkung: Es wird gehandelt, ohne dass vorher lange über Zuständigkeiten diskutiert wird. Es bleibt aber viel zu tun, obwohl wir schon in einigen Bereichen deutliche Verbesserungen bewirken konnten. Generell stellen wir fest, dass ein Umdenken in der Stadt eingesetzt hat.

**Was meinst Du damit?** Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit gelten nicht mehr als spießig. Im Gegenteil, sich diesen Themen anzunehmen, findet eine breite Zustimmung bei den Menschen. Auch die Stadt hat umgedacht – und übernimmt wieder Verantwortung. Nicht nur mit dem Ordnungsdienst. Auch die neue kommunale Stadtreinigung ist ein echter Segen. Zwischen beiden Einrichtungen hat sich eine sehr enge und gute Zusammenarbeit entwickelt: Einsätze werden abgesprochen, es gibt gemeinsame Kontrollgänge – und es wird nachgefasst. Denn es geht ja nicht darum, den Müll mal für zwei Tage wegzuräumen, sondern wir wollen an die Ursachen ran.

**Was heißt das konkret?** Wir schauen genau hin. So haben wir beispielsweise einige Häuser ausgemacht, in denen offenbar deutlich mehr Menschen leben, als dort gemeldet sind. Ein Indiz dafür sind die Müllhaufen, die sich da vor einigen Gebäuden regelmäßig auftürmen. Hier werden wir noch im Frühjahr bau-, feuerschutz- und polizeirechtliche Überprüfungen vornehmen. Das sind Maßnahmen, die es so in der Vergangenheit noch nicht gegeben hat. Wir wollen den Eigentümern dieser Immobilien auf die Füße treten, die dort offensichtlich durch Überbelegung erhebliche Gewinne machen, sich aber ansonsten für nichts verantwortlich fühlen.

**Das heißt, der Ordnungsdienst ist mehr als nur „ein Müll- oder Hilfssheriff"?** Es geht tatsächlich um mehr. Ehrlicherweise standen in den vergangenen 20 Jahren – auch wegen der ansonsten gewachsenen Aufgaben der Polizei – Ordnung und Sauberkeit weniger im Fokus. Aber wir mussten feststellen: Wenn der Staat sich zurückzieht, funktioniert es irgendwann nicht mehr. Das gilt auch für andere Bereiche: Quartiere, in denen Bremen in den 90er Jahren Wohnungsgesellschaften privatisiert hat, sind oft solche, in denen heute Müll und Vandalismus zu finden sind. Dort, wo unsere kommunalen Wohnungsunternehmen aktiv sind, herrscht hingegen ein ganz anderes, besseres Klima. Das zeigt deutlich: Es ist richtig, dass die Stadt wieder selbst Verantwortung in den zentralen Bereichen übernimmt – angefangen beim Thema Wohnen über die kommunale Stadtreinigung bis hin zum Ordnungsdienst. ■

# PROFIL ZEIGEN

von Joachim Schuster, MdEP

Die Brexit-Debatte macht die negativen Folgen eines EU-Austritts deutlich. Nämlich wirtschaftliche Nachteile und Freiheitsverluste für alle Beteiligten. Plötzlich sollen Zölle und Schlagbäume den Alltag der Menschen wieder einschränken. Selbst der Frieden ist in Nordirland wieder bedroht. Aber Nationalismus ist nicht nur ein britisches Problem. Es gibt ihn in allen Mitgliedstaaten.

Die EU wird nicht nur von innen bedroht, sondern auch von außen herausgefordert. Beim globalen wirtschaftlichen und politischen Machtkampf zwischen den USA und China wird Europa in Mitleidenschaft gezogen. Die einzelnen europäischen Staaten werden nur als Europäische Union in der Lage sein, eigenständige Interessen in der globalen Welt zu behaupten. Wenn sich die Mitgliedstaaten gegenseitig ausspielen lassen, werden wir zum Spielball in den Auseinandersetzungen zwischen China und den USA.

Bei der kommenden Europawahl geht es daher um zwei grundsätzliche Entscheidungen. Erstens um die Verteidigung der Errungenschaften der EU seit dem Ende des 2. Weltkrieges und zweitens um eine neue Rolle der EU in einem völlig veränderten globalen Umfeld. Es reicht daher in Deutschland keinesfalls, lediglich ein allgemeines Bekenntnis zur Europäischen Union abzugeben.

Die SPD geht mit einem klaren Profil in die Europawahl, die uns in ihrer Gesamtheit von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Die SPD tritt ein für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit. Das fängt beim Kampf gegen Sozialdumping sowie der sozialen Flankierung des wirtschaftlichen Strukturwandels an und geht hin bis zu einer gerechten Besteuerung internationaler Konzerne und Finanzmärkte.

- Die SPD tritt ein für ein Europa des Friedens. Wir wollen keine drastische Ausweitung der Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP, keine stärkere Rüstungsproduktion und keine Ausweitung der Rüstungsexporte. Wir wollen eine europäische Friedenspolitik, die auf Abrüstung, friedlichen Interessenausgleich und den Prinzipien der Entspannungspolitik beruht.

- Die SPD tritt ein für eine konsequente und sozialverträgliche Klimaschutzpolitik. Wir wollen ambitionierte ökologische Ziele sozial flankieren, damit die Menschen mit den sozialen Folgen des unverzichtbaren ökologischen Wandels nicht allein gelassen werden. Nur so wird es möglich sein, die Klimaschutzziele für 2030 als ersten Schritt zu erreichen und bis 2050 eine weitgehend CO2-neutrale Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

**Kontakt Joachim Schuster:**
**www.facebook.com/joachim.schuster.eu**
**Homepage: www.joachim-schuster.eu**

**Joachim Schuster** ist Bremer Europaabgeordneter für die SPD und tritt am 26. Mai 2019 erneut zur Wahl an.

**Kommt zusammen. Für Bremen und Europa!**
**Mit Katarina Barley, Udo Bullmann, Carsten Sieling**
Freitag, 24. Mai 2019,
ab 15:30 Uhr,
Marktplatz Bremen

**Mit dabei:**
**Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Lars Klingbeil, Heiko Maas, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Joachim Schuster und Ralf Stegner**

ANZEIGE

# BREBAU WIRD BREMISCH

## Tschöpe: „Vollständige Übernahme ist ein echter Meilenstein!“

**Bremen kauft der Sparkasse ihre Brebau-Anteile ab und übernimmt das Unternehmen. Damit sichert sich die Stadt ein wichtiges Werkzeug, um dem angespannten Wohnungsmarkt und steigenden Mieten entgegenzuwirken.**

Bremen übernimmt die Brebau – und kauft der Sparkasse ihre Anteile ab. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Björn Tschöpe, steht fest: „Der Kauf der Brebau ist ein Meilenstein, hiermit werden die Mieterinnen und Mieter der rund 6.000 Brebau-Wohnungen vor der Übernahme durch Spekulanten geschützt, wir leisten somit ein Beitrag zur Bremse des Mietanstiegs und außerdem verfügt die Brebau über Kompetenz und Erfahrung im Wohnungsbau, welche wir für eine Vergrößerung des Wohnungsangebotes nutzen wollen.“

Tschöpe weiter: „Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Durch die vollständige Übernahme der Brebau erhalten wir nun nicht nur ein zweites kommunales Wohnungsunternehmen und Sicherheit für mehrere Tausend Brebau-Mieterinnen u nd -Mieter. Es geht vielmehr um eine echte Zukunftschance für Bremen.“ Denn übernommen würden eben nicht nur die Wohnungen des Unternehmens, sondern auch dessen Kompetenz in Sachen Wohnungsbau. „Das ist ein robuster Beitrag, um unsere ambitionierten Ziele zur Schaffung neuen Wohnraums zu erreichen”, so der Sozialdemokrat, „und das ist ein echter Gewinn, nicht nur für Menschen, die diese Wohnungen später beziehen können, sondern für alle, die Miete zahlen. Denn Wohnungsbau ist und bleibt der wirksamste Schutz vor steigenden Mieten!“

Welche positiven Auswirkungen kommunale Wohnungsbauunternehmen auf die ganze Stadt haben, mache in Bremen im doppelten Wortsinn die Gewoba beispielhaft deutlich. „Ich kann nur sagen: Ein Glück, dass niemand auf die CDU gehört hat, als diese die Gewoba privatisieren wollte. Unsere zukünftig zwei kommunalen Wohnungsbauunternehmen sind ein echtes Bollwerk gegen Heuschrecken-Investoren, die nichts anderes als Profit auf Kosten der Mieter im Sinn haben”, sagt Tschöpe abschließend. „Mit der Gewoba und der Brebau stellen wir im Gegenteil sicher, dass regelmäßig in die Gebäude investiert wird und trotz des hohen Standards bezahlbare Mieten aufgerufen werden. Für mich steht fest: Die Übernahme der restlichen Brebau-Anteile, ist eine wirklich große Nummer – und eine absolut richtige Investition in die Zukunft unserer Stadt!“ ■

# ANTJE GROTHEER NEUE PRÄSIDENTIN

## Bürgerschaft wählt erstmals eine Frau an ihre Spitze

Antje Grotheer ist mit großer Mehrheit zur Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft gewählt worden. Die Sozialdemokratin erhielt 63 von 77 abgegebenen Stimmen und tritt damit die Nachfolge des im Februar verstorbenen Christian Weber an. Erstmals wurde mit Grotheer eine Frau in dieses Amt gewählt.

Sie wolle das, was Weber gelebt habe, fortsetzen, kündigte Grotheer in ihrer Antrittsrede an: Sie wolle für die Demokratie werben. „Und ich möchte alle erreichen: von den protestierenden Schülerinnen und Schülern angefangen bis zu den Menschen weit weg von diesem Marktplatz, die schon lange nicht mehr wählen gegangen sind.”

Vor vier Jahren sei die Wahlbeteiligung so niedrig gewesen wie noch nie, so Grotheer weiter. Diesen Zustand wolle sie nicht hinnehmen, sondern gemeinsam mit den anderen Abgeordneten aktiv daran arbeiten, ihn zu ändern. Denn für die neue Bürgerschaftspräsidentin steht fest: „Damit wir wirklich die Interessen der Menschen in unseren Städten vertreten können, müssen wir alle uns gemeinsam um sie bemühen – und parteiübergreifend dafür kämpfen, dass sie sich einbringen, dass sie ihr demokratisches Recht nutzen und bestimmen, wohin die Reise geht!” ■

**„Es ist mir enorm wichtig, alles daran zu setzen, um die Menschen in unseren beiden Städten davon zu überzeugen, wählen zu gehen“, sagte die neue Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer in ihrer Antrittsrede.**

# MUSTAFA GÜNGÖR IST STELLV. VORSITZENDER

Mustafa Güngör ist neuer stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er komplettiert damit den geschäftsführenden Fraktionsvorstand mit dem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe und der Stellvertreterin Sybille Böschen. Das Amt war nach Antje Grotheers Wahl zur Bürgerschaftspräsidentin vakant. Bei der Wahl votierten 15 der insgesamt 28 anwesenden Abgeordneten für Mustafa Güngör. Gegenkandidat Klaus Möhle erhielt 13 Stimmen. Mit Mustafa Güngör übernimmt erstmals ein Abgeordneter mit Migrationshintergrund diese Funktion in der SPD-Bürgerschaftsfraktion. ■